

SPD demokratischer pressediens

F/XXXI/157

18. August 1976

Kampf um die politische Mitte

Durch gute Zusammenarbeit wird viel erreicht

Von Horst Auschill
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Selbständige in der SPD

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Dieser Mann kann einem nur noch leid tun !

Was Dr. Helmut Kohl zur Frauenpolitik zu
sagen weiß

Von Elfriede Eilers MdB
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen und Mitglied
des SPD-Präsidiums

Seite 3 / 34 Zeilen

Geißler agitiert mit ungeprüften Zahlen

"Arzteblatt" dementiert Kohls eilfertigen
Sozialminister

Seite 4 und 5 / 63 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"30 Jahre CDU - 30 Jahre Sozialismus"

Seite 6 / 28 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: DE 86 846-46 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Kampf um die politische Mitte

Durch gute Zusammenarbeit wird viel erreicht

Von Horst Ausschill

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD

Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbständige (AGS) in der SPD findet im Vorbereitungsbereich einer Bundestagswahl statt, bei der darüber entschieden wird, ob die SPD in führender Regierungsverantwortung an der Aufgabe weiterarbeiten kann, die Helmut Schmidt "Modell Deutschland" genannt hat. Auf der Bundeskonferenz der AGS in Wiesbaden wollen die Selbständigen in der SPD erneut bekräftigen, daß sie Helmut Schmidt und Willy Brandt unterstützen, wo die SPD als Partei aller arbeitenden Menschen neuen und zusätzlichen Rückhalt braucht und gewinnen kann: Nämlich in der politischen Mitte unseres Volkes.

Die Selbständigenpolitik der SPD braucht sich nicht zu verstecken. Denn die Partei bekennt sich nicht nur zur gesicherten Existenz freier und leistungsfähiger Selbständiger, sondern kann bereits eine Vielzahl praktischer Erfolge vorweisen, die die Existenz der Selbständigen festigen und ihnen auch in Zukunft einen Platz in Wirtschaft und Gesellschaft sichern.

Heute steht fest, daß die Bundesrepublik dank der Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Bundesregierung, dank vor allen der internationalen Wirtschafts-koordination und -kooperation des Bundeskanzlers die weltweite Rezession von allen großen Industrieländern relativ am besten überstanden hat. Auch die bisher größten Pessimisten und Schwarzmaler wissen, daß sich unsere Wirtschaft, trotz noch mancherlei Sorgen, wieder im Aufwind befindet. Heute haben wir in der Bundesrepublik trotz der verheerenden Weltwirtschaftsrezession nach wie vor die höchsten Devisenreserven der Welt und unsere Währung ist neben dem Schweizer Franken eine der härtesten Währungen der Welt. Wir sind stärkste Wirtschaftsmacht Europas und die zweitgrößte aller Handelsnationen. Das Bruttosozialprodukt wird in diesem Jahr um mehr als sechs vH wachsen, und die Preissteigerungsrate hat jetzt einen Tiefstand erreicht, um den uns viele beneiden. Wir verzeichnen mit Abstand seit Jahren die geringsten Streikverluste und die Realeinkommen unserer Arbeitnehmer sind im internationalen Vergleich überall führend. Sicher ist die Arbeits-

losigkeit noch gravierend, aber neue Arbeitsplätze werden in dem Maß entstehen, wie der Aufschwung an Kraft gewinnt. Notfalls wird die Bundesregierung nicht zögern, neue Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vor allen bei den Jugendlichen, den älteren Angestellten und den Frauen zu ergreifen, wie sie es bereits mit Augenmaß in der Vergangenheit getan hat.

Sicherlich kann nicht gelugnet werden, daß viele kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler eine schwere Zeit durchgemacht haben. Unbestreitbar ist jedoch die Tatsache, daß in dieser Rezession viele kleine und mittlere Unternehmen die ständigen Veränderungen des Marktes besser gemeistert haben, als dies selbst bei größtem Optimismus für möglich gehalten wurde. Hierbei war besonders erstaunlich, daß selbst im Krisenjahr 1975 mit seinen vielen Firmenzusammenbrüchen der Wille zur Gründung selbständiger Existenzen nichtentscheidend nachgelassen hat. So lagen die Hilfen der Bundesregierung wegen Neugründung von selbständigen Existenzen um 40 vH überdem Volumen des Vorjahres. Dies zeigt doch, daß gerade das Vertrauen der jungen Menschen in die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht nachgelassen hat. Auch bleibt festzuhalten, daß es von den öffentlichen Investitionsprogrammen bis zur Investitionszulage, die insbesondere vielen Selbständigen Luft geschaffen hat, bis hin zum besonders mittelstandsfreundlichen Verlustrücktrag ausschließlich die Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung war, die einen noch schärferen Einbruch im Inland verhindern half. Dabei kann es sich die AGS mit aller Bescheidenheit zurechnen, daß sie nicht untätig gewesen ist, um öffentliche Hilfen insbesondere für Selbständige aus Handel, Handwerk, Gewerbe und freien Berufen zustande zu bringen.

Aus den Geschehnissen der letzten zwei Jahre gilt es nunmehr folgende grundlegende Forderungen abzuleiten: Zur Stabilisierung und Weiterführung der Wirtschaftspolitik muß eine Konjunkturpolitik der Stabilität und der Kontinuität oberstes Ziel jeder Bundesregierung bleiben. Um dies zu erreichen, wird es zukünftig darauf ankommen, daß die internationale Abstimmung der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik noch enger gestaltet wird, als es bisher schon der Fall war. Kein Land der Welt kann heute mehr für sich allein auf einer Insel der Stabilität und des Fortschritts leben. Nationen sind heute eingebunden in ein Weltwirtschaftssystem, in dem das Wohlergehen des einen Partners vom Wohlergehen aller abhängt. Vollbeschäftigung, Wachstum und Geldwertstabilität können daher nicht mehr allein national, sondern müssen international gesehen werden. Insbesondere für die AGS besteht die Aufgabe, künftig auf eine verstärkte Kooperation mit den Selbständigen in den europäischen Freundesparteien hinzuwirken, um sich gegenseitig zu helfen und auch zu vermeiden, daß die Selbständigen nirgendwo den Pöjerdisten oder anderen konservativen Kräften anheim fallen.

(Die Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD tritt am Donnerstag und Freitag in Wiesbaden zu ihrer Bundeskonferenz zusammen).

(-/18.7.1976/mle/e)

+ + +

Dieser Mann kann einem nur noch leid tun !

Was Dr. Helmut Kohl zur Frauenpolitik zu sagen weiß

Von Elfriede Eilers MdB

Bundevorsitzende der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Nach der Lektüre eines Gesprächs, das dem Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl die Gelegenheit bot, auf stattlichen fünf Zeitschriftenseiten seine Einsichten und Ansichten zur Frauenpolitik darzutun, ist eines sicher: Auch von diesem Gebiet versteht der Kanzlerkandidat der CDU/CSU nichts!

Fest könnte den Leser das Erbarmen packen mit dem Manne Helmut Kohl - so hilflos-naiv fühlt sein Versuch aus, sich rechtzeitig vor dem Wahltag als starker Anwalt der Interessen des "schwachen" Geschlechts zu präsentieren. Denn ganz offenkundig hielt der rheinland-pfälzische Ministerpräsident eine Vorbereitung auf dieses Thema für nicht erforderlich. Schließlich ist er doch ein Mann. Und versteht nicht jeder Mann etwas von Frauen? Na also!

Das Interview fiel entsprechend aus. In der Sparte "Allgemeinplätze" vermag sich der Mann aus Mainz zwar passabel zu schlagen, dafür mißlingen ihm aber die Ausweichmanöver, die er zur Vermeidung konkreter Antworten unternimmt, umso gründlicher. Da geht dann alles wie Kraut und Rüben durcheinander. Beklagt Dr. Kohl auf Seite 1 des Interviews, "daß viele Frauen gar keine echte Entscheidungsmöglichkeit für oder gegen die Berufstätigkeit haben", so behauptet er auf der letzten Seite schlicht und hartnäckig das Gegenteil: "Entschuldigung, das ist aber ihre Entscheidung."

Und manche Passagen des Gesprächs werden durch die Kohl-schen Verrenkungen geradezu kabarettreif. Zum Beispiel diese:

Frage: "Wenn es eine CDU/CSU-Regierung gibt, werden mehr Frauen in die Ministerien kommen, bzw. ein Minister leiten?"

Kohl: "Das ist für mich gar kein Problem".

Frage: "Sie können uns auch sagen, um welche Ministerien und um welche Frauen es sich da handeln würde?"

Kohl: "Nein, das sage ich nicht. Ich mache jetzt keine Regierungsbildung."

So hält er's also mit den Frauen, der Dr. Kohl aus Mainz: viel Wortgeklingel und wenig Konkretes, viel Honig ums Maul der Wählerinnen, aber keine "Butter bei die Fische". Das also ist seine "Offensive für die Frauen!"

Wie sagte der Herr aus Mainz doch so treuherzig? "Eine Bundesregierung mit Frauen zu bilden, bedeutet mir keine Probleme." Nein, in der Tat, dieses Problem wird sich für Dr. Kohl auch gar nicht stellen, denn die Frauen müssen verhindern, daß dieser Mann Kanzler wird. (-/18.8.1976/mie/e)

+ + +

Geißler agitiert mit ungeprüften Zahlen

"Arzteblatt" dementiert Kohls eilfertigen Sozialminister

Heinrich Geißler, Sozialminister in Dr. Helmut Kohls Mainzer CDU-Landeskabinette und selbsternannter Anwärter für das Amt eines Bundesgesundheitsministers, hat seit geraumer Zeit Fragen nach der Finanzierung seiner Gesundheitspolitik immer wieder mit dem Hinweis beantwortet, daß ungeahnte Finanzierungsreserven beispielsweise in den überhöhten Verwaltungsausgaben der Einrichtungen der gesetzlichen Rentenversicherung gelegen hätten. Noch in dem kürzlich erschienenen Buch "Union alternativ" machte Geißler unter der Überschrift "Rationalisierungsreserven ohne Gefährdung der sozialen Effizienz" diese Rechnung auf: "Würden die Verwaltungsaufgaben des Sozialsystems der Bundesrepublik Deutschland wie in den Niederlanden nur 3,2 Prozent der Summe der Sozialausgaben ausmachen, so könnten in der Bundesrepublik jährlich drei Milliarden DM eingespart werden."

Fachleute hatten sich schon immer über Geißlers Vorstellungen lustig gemacht, weil der Aufbau und das System der gesetzlichen Sozialversicherung der Niederlande mit dem der Bundesrepublik nicht vergleichbar ist und im übrigen auch den Vorstellungen der CDU/CSU entgegensteht. Geißler ließ sich nichts sagen. Er stützte sich kurzerhand auf die Ergebnisse einer Innsbrucker Dissertation (Herbert Weissenböck), die in einem Vergleich internationaler Daten zu dem Ergebnis gelangte, daß die Leistungen des deutschen Gesundheitssystem (mit dem österreichischen) am Schluß der Skala liege, mit dem finanziellen Aufwand aber nur in der Mitte rangiere. Die Niederlande dagegen hätten das günstigste Verhältnis von "Input" und "Output".

In dem von der Bundesärztekammer und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung herausgegebenen "Deutschen Arzteblatt" wird der von Weissenböck vorgenommene und von Geißler politisch ausgewertete Vergleich internationaler Daten als "fragwürdig" bezeichnet. Der "Arzteblatt"-Autor weiß, wovon er spricht: Er war mit einer Delegation der Hans-Neuffer-Stiftung der Bundesärztekammer (unter der Leitung des Präsidenten der Berliner Ärztekammer, Prof. Dr. Heim) in den Niederlanden und tat das, was Kohls Geißler unterlassen

hatte: sich an Ort und Stelle mit allen Problemen und den aktuellen Zahlen zu befassen, und erst dann darüber zu schreiben.

Was die Experten über Geißlers Zahlenpielereien und Vergleiche nun im "Arzteblatt" ausführen, ist blamabel und vernichtend für einen Politiker, der auf seinem ureigensten Arbeitsgebiet ernst genommen werden möchte. Geißler muß sich sagen lassen, daß er in seine Studie über die "neue soziale Frage" (die er jetzt auch noch als Buch verbreitet) die Weißenböck-Aussagen "unüberprüft" übernommen habe; daß er diese Berechnung, das bundesdeutsche Gesundheitswesen enthalte Rationalisierungsreserven in Höhe von elf Milliarden DM, "unbesehen" übertragen habe; daß die ganze Vergleichsrechnung Bundesrepublik-Niederlande auf "längst überholten Zahlen beruhe, so zum Beispiel auch bei seinen Berechnungen, wonach der Anteil der Gesundheitsleistungen am Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik bei 7,6, in den Niederlanden aber nur bei 6,5 vH liege. Auch diese Rechnung findet sich in den jüngsten Geißler-Veröffentlichungen noch immer, obwohl die Zahlen aus dem Jahre 1970 (!) stammen und unschwer hätten aktualisiert werden können.

Den Weißenböck-Geißler-Behauptungen stellte das "Deutsche Arzteblatt" u. a. folgende Darstellung gegenüber: "Tatsache aber ist: Trotz eines vergleichsweise höheren Grades der Integration von ambulanter und stationärer Krankenversorgung in den Niederlanden und einer Konzentration der Fachärzte am Krankenhaus sind die Kosten ähnlich progressiv gestiegen wie in der Bundesrepublik und in den übrigen europäischen Staaten. Während die Ausgaben für die Gesundheitsversicherung 1963 noch 4,5 Prozent des Bruttosozialprodukts (National Einkommen) ausmachten, betrugen sie 1972 bereits 7,2 Prozent und erreichten 1975 nach offiziellen Angaben des Gesundheitsministeriums in Den Haag die Rekordmarke von neun vH. Die Niederlande dürften damit heute bereits in dieser globalen Vergleichszahl mit der Bundesrepublik gleichgezogen haben, wenn nicht gar diese übertroffen haben. Die Behauptung, das niederländische System arbeite "billiger und effizienter", läßt sich also nicht aufrechterhalten.

Dem bleibt eigentlich nicht mehr viel hinzuzufügen. Ausgenommen der gute Rat an den gesundheitspolitischen Ratgeber des Dr. Kohl: sich doch selbst im Nachbarland einmal umzusehen, zunächst aber den Reisebericht der deutschen Delegation im "Arzteblatt" wenigstens zu lesen.

Herbert Bermeitinger
(-/ 18.8.1976/mie/e)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"30 Jahre CDU - 30 Jahre Sozialismus"

Unter dem CDU/CSU-Slogan "Freiheit statt Sozialismus" legt der Heidelberger Politgrafiker Klaus Staack als Widmung für den Kanzlerkandidaten Dr. Helmut Kohl und den CDU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß eine Erinnerung an die CDU-Vergangenheit vor, die dem tieferen Verständnis des Unions-Wahlslogos dienen soll. Das Plakat wurde von der CDU zur Stadtverordnetenwahl Berlin im Jahre 1946 geklebt.

ARBEITER
der Stirn und der Faust!

Wir stehen am Anfang einer Zeitenwende!
Das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter ist vorbei!
Dem Sozialismus gehört die Zukunft!

Doch wahrer Sozialismus heißt nicht Kollektivismus,
verantwortungsbewußter Sozialismus
nicht Vermassung!

ARBEITER!

Mit Du für eine sinnvoll gelenkte Planwirtschaft?
Mit Du für einen gerechten Ausgleich der Kriegskosten?
Mit Du für eine soziale Preis- und Lohnpolitik?

Dann kämpfe mit uns

für einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung,
für vollste Freiheit der Persönlichkeit,
für echte demokratische Selbstverwaltung!

ARBEITER!

Darum hinein in die



CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
UNION DEUTSCHLANDS
Landesverband Berlin, W 8, Jägersstraße 59-60

hinein in die
große deutsche sozialistische Volkspartei!

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert